

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**11.01.2023  
HHA**Fraktion der SPD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Projekte gegen rechtsextreme Gewalt und Rassismus**

Einzelplan **02 Hessischer Ministerpräsident**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 02 05 Bezeichnung Hessische Landeszentrale für politische Bildung

Produktnummer 001 Bezeichnung Staatliche politische Bildungsarbeit

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
<b>Produkterfolgsplan</b>				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	4.235.600	2.000.000	6.235.600

Liquidität				
<b>Einnahmen</b>				
<b>Ausgaben</b>				

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
<b>Produktserfolgsplan</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	3.921.400	2.000.000	5.921.400
<b>Liquidität</b>				
	<b>Einnahmen</b>			
	<b>Ausgaben</b>			

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Rechtsextremismus, rechtsextreme Gewalt sowie (Alltags-)Rassismus stellen fundamentale Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Zur Verbesserung der gesellschaftlichen sowie individuellen Resilienz gegenüber rechten Phänomenen ist es von zentraler Bedeutung, diese zu enttarnen, für Bürgerinnen und Bürger sichtbar zu machen und aktiv zu bekämpfen. Demokratiebildung ist eine zentrale Komponente im Kampf gegen Rechtsextremismus, rechtsextreme Gewalt und Rassismus. Vor diesem Hintergrund sollen entsprechende Projekte und Vorhaben nachhaltig unterstützt werden.

Wiesbaden, 10.01.2023

Für die Fraktion  
der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Günter Rudolph**